

P R e s s e

S P i e g e l

Polen - Pressespiegel 52/2023 vom 28.12.2023

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- *Sejm verabschiedete eine Resolution über öffentliche Medien. Duda schreibt an Hołownia, Oberster Rechnungshof (NIK) schreibt an die Staatsanwaltschaft*
- *Duda schreibt über die Freiheit und die Verfassung. Es ist, als würde er sich selbst denunzieren*
- *Der Präsident unterzeichnete das Gesetz über die In-vitro-Erstattung aus dem Staatshaushalt*
- *Wendet sich Polen von Deutschland ab? Ehemaliger Botschafter deutet auf „taktisches Manöver von Donald Tusk“ hin*
- *PiS vereinigt sich mit Republikanern, Kaczynski kehrt zu der Idee des von Putin angeordneten Putsches zurück*
- *Zu Kamiński und Wąsik kamen Recht und Gerechtigkeit*

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Sejm verabschiedete eine Resolution über öffentliche Medien. Duda schreibt an Hołownia, Oberster Rechnungshof (NIK) schreibt an die Staatsanwaltschaft



Quelle: wyborcza.pl

Von **Agnieszka Kublik**

„Wir wollen [den Sender] TVP nicht abschalten. Wir wollen TVPiS abschalten“, sagte Bogdan Zdrojewski, Vorsitzender des parlamentarischen Kulturausschusses, bei der Vorstellung eines Entschließungsentwurfs zur Wiederherstellung der Rechtsordnung und der Unparteilichkeit und Integrität der öffentlichen Medien. Premierminister Donald Tusk kündigte an, dass das derzeitige TVP keinen einzigen Złoty aus dem Haushalt erhalten werde.

Dies ist der Beginn von Veränderungen in den öffentlichen Medien. Der Sejm stimmte am Abend für die Entschließung zu diesem Thema - 244 Abgeordneten stimmten dafür, 84 dagegen und 16 enthielten sich der Stimme. Mehr als 100 Abgeordneten der PiS nahmen an der abendlichen Abstimmung nicht teil. Sie versammelten sich zu diesem Zeitpunkt in der TVP-Zentrale, um sie zu „verteidigen“.

Am selben Morgen wurde im Sejm ein Entschließungsentwurf zur Wiederherstellung der Integrität der öffentlichen Medien eingebracht. Er erklärt die Übertragung der Zuständigkeit für die Auswahl der Behörden von Medienunternehmen an den 2016 gegründeten Nationalen Medienrat [RMN] für verfassungswidrig. Die Folge soll eine Änderung der Zusammensetzung des RMN sein – die Abberufung der vom Sejm verfassungswidrig ernannten Mitglieder.

Die Abgeordneten „fordern das Finanzministerium auf, sofortige Korrekturmaßnahmen zu ergreifen“ und „das ordnungsgemäße Funktionieren der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und der Polnischen

Presseagentur [PAP] in der Übergangszeit - d. h. bis zur Verabschiedung und Umsetzung der entsprechenden gesetzlichen Lösungen - sicherzustellen“.

Noch am Dienstag oder Mittwoch könnte die Regierung die Behörden von TVP und Polskie Radio - die Aufsichtsräte und Vorstände - austauschen. Dies wäre das Ende der PiS-Ära in den Medien - sie begann im Januar 2016. Einige PO-Abgeordnete haben angekündigt, dass die Änderungen im TVP-Sender noch vor Weihnachten sichtbar werden könnten.

In der EntschlieÙung schreiben die Abgeordneten, dass die Kontrolle der öffentlichen Medien durch die PiS „für die Mehrheit der Gesellschaft, die die Bürger bei den Wahlen am 15. Oktober 2023 zum Ausdruck gebracht haben, inakzeptabel ist“. Die Begründung der EntschlieÙung ist länger als die EntschlieÙung selbst.

Öffentliche Medien haben ihren Auftrag verloren

„In den beiden vorangegangenen Legislaturperioden des Sejms der Republik Polen haben die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten und die Polnische Presseagentur [PAP] ihren Auftrag und ihre Rolle, wie sie durch das Gesetz und das gesellschaftliche Bedürfnis nach Zugang zu verlässlichen, unvoreingenommenen Informationen definiert sind, völlig verloren, und dies ist auch heute noch der Fall. Sie sind zu reinen Parteimedien geworden, die in außergewöhnlich eindeutiger Weise Propagandaaufgaben für die Regierung und das weit gefasste herrschende Lager wahrnehmen, während sie die Opposition und alle Regierungsgegner offen und konsequent angreifen und sich damit offen an politischen Kämpfen auf einer Seite der politischen Bühne beteiligen und engagieren. Die jüngsten Parlamentswahlen am 15. Oktober 2023 und die vielen Monate des Wahlkampfs im Vorfeld sind das deutlichste Beispiel für die Aktivität und das Engagement der öffentlichen Medien auf der Seite des Machtlagers“, heißt es in der Begründung.

Die Abgeordneten stellen weiter fest, dass „trotz der von der demokratischen Opposition gewonnenen Parlamentswahlen und der Übernahme der Regierung durch die neue Koalition, die ein starkes Mandat erhalten hat, das keinen Zweifel an der Entscheidung der Wähler lässt, und mit einer in der Geschichte Polens beispiellosen Rekordbeteiligung, der öffentlich-rechtliche Rundfunk und die PAP weiterhin eine unerbittliche Kampagne zugunsten des bisherigen politischen Lagers führen“. „Sie werten die derzeitige Regierung und die einzelnen Gruppierungen, die die heutige parlamentarische Mehrheit bilden, und ihre Politiker eindeutig und ostentativ ab und greifen sie manchmal aggressiv an, indem sie der Gesellschaft ein völlig verfälschtes Bild der Realität vermitteln, das jeder Objektivität, Zuverlässigkeit und Ehrlichkeit entbehrt“, heißt es.

Die Autoren der Begründung zitieren spezifische Dokumente, darunter unter anderem den NIK-Bericht über TVP, den Rat für die polnische Sprache über den manipulativen Charakter der so genannten „Nachrichten“-Streifen von TVP, die OSZE über das Engagement der öffentlichen Medien auf der Seite der Behörden während der Wahlkampagnen. Schließlich – über die Ergebnisse des Monitorings der TVP-Nachrichtensendungen, die die Voreingenommenheit der wichtigsten Tageszeitung TVP 1 zeigten.

Es gibt auch drei konkrete Fälle, in denen TVP eine abscheuliche Rolle spielte - der Mord an Paweł Adamowicz, dem Bürgermeister von Danzig (TVP Info führte eine Kampagne gegen ihn durch), der Tod des Sohnes von Magdalena Filiks, einer Abgeordneten der PO (TVP Info enthüllte Informationen, die es ermöglichten, das Opfer eines Pädophilen zu identifizieren, nämlich den Sohn von Magdalena Filiks) und Krzysztof Brejza (TVP Info griff ihn mit manipuliertem Material an, das die Justizbehörden dank des Überwachungssystems Pegasus erhielten).

„Beispiele für Verstöße und eindeutig negative Beurteilungen der Funktionsweise der öffentlichen Medien und der PAP ließen sich fast endlos aufzählen. Die allgemeine Einschätzung der öffentlichen Meinung zu diesem Thema ist eindeutig, was von der Mehrheit der Öffentlichkeit bei den Wahlen am 15. Oktober 2023 zum Ausdruck gebracht wurde. Nach Ansicht der Antragsteller ist die Verabschiedung der vorgeschlagenen EntschlieÙung durch den Sejm der Republik Polen völlig gerechtfertigt und notwendig“, heißt es in der Begründung abschließend.

PiS: Dies ist ein Angriff auf die Medien

Kaum hatte die Debatte über die öffentlich-rechtlichen Medien im Sejm begonnen, verließ Jarosław Kaczyński den Saal. Er ist der Autor des Konzepts der öffentlich-rechtlichen Medien von 2016, demzufolge sie der Transmissionsriemen der Macht sind, die Regierung mit Informationen abschirmen und die Art von Realität schaffen, die dem Regierungslager passt.

Während der Debatte strahlte TVP Info einen roten Streifen aus: „Die Koalition vom 13. Dezember versucht, das polnische Fernsehen, den polnischen Rundfunk und die PAP illegal zu übernehmen“, abwechselnd mit einem Streifen: „Versuchter Anschlag auf TVP“.

Die Resolution wurde von Bogdan Zdrojewski (PO), dem Vorsitzenden des parlamentarischen Kulturausschusses, vorgestellt. Er erinnerte an alle Sünden von TVPiS: „Sie hätten die Standards des Journalismus nicht eingehalten, verleumdet, beleidigt, mit tragischen Folgen angegriffen und eine Karikatur des Pluralismus eingeführt.“ Er erörterte die in der Begründung beschriebenen kritischen Berichte über TVP.

Er kündigte den Aufbau neuer, moderner und qualitativer Medien an. „Nie wieder dürfen die öffentlichen Medien eine Quelle der Diffamierung, der Tragödie sein“, sagt Zdrojewski. „Die polnische Staatsraison ist nicht in einer Partei zu finden.“

Krzysztof Szczucki von der PiS sagte, dass „die KO bereits während der ersten Sitzung des Sejms einen Angriff auf die freien Medien vorbereitet“. „Während des Kriegsrechts wurden die öffentlichen Medien von Militärkommissaren kontrolliert. Heute wollen Sie als 13. Dezember-Koalition politische Kommissare in die öffentlichen Medien schicken. Damit sind wir nicht einverstanden“, erklärte Szczucki.

Er kündigte an, gegen die Entschließung zu stimmen. Er wiederholte die Argumente der PiS aus den letzten Tagen, dass die öffentlichen Medien unabhängig seien und den Behörden auf die Finger schauen sollten. „Sie wollen, dass die Behörden die Medien kontrollieren“, sagte Szczucki. „Sie haben Angst vor der Kontrolle der öffentlichen Medien.“

Piotr Adamowicz von der PO, der Bruder des ermordeten Danziger Bürgermeisters, forderte die rasche Annahme der Entschließung. Sie wurde von *Trzecia Droga* unterstützt, da sie ebenfalls der Meinung ist, dass die Zuschauer von TVP in den letzten acht Jahren keinen Zugang zu allen Informationen hatten.

TVP muss an Journalisten zurückgegeben werden

Als die Sejm-Mehrheit ihre Meinung zu den öffentlichen Medien darlegte, stellte *TVP Info* die Übertragung der Sejm-Sitzung ein. In der Zeit wurde ein Interview mit Przemysław Czarnek, dem ehemaligen Bildungsminister, gezeigt, der unter Berufung auf die Verfassung argumentierte, die Regierung Tusk habe kein Recht, die öffentlichen Medien dem Parteieinfluss zu entziehen.

Die Linke erinnerte daran, dass TVP während des Wahlkampfes ein PiS-Sender war. Und zwischen den Wahlen bekamen die Behörden mehr als 80 Prozent der Sendezeit. „Das Fernsehen müsse den Journalisten zurückgegeben werden“, sagte Paulina Matysiak, eine Vertreterin der Linken.

Michał Wawer von der *Konfederacja* sagte über den neuen Kulturminister Bartłomiej Sienkiewicz, der die TVP parteiunabhängig machen soll, dass er „ein Mann der schmutzigen Arbeit und der kraftvollen Lösungen“ sei. Er kritisierte, dass die Entschließung darauf abziele, TVPiS in TVPO umzuwandeln. Er kündigte an, dass sich die *Konfederacja* bei der Abstimmung über die Entschließung der Stimme enthalten werde.

Joanna Lichočka von der PiS, Mitglied des Nationalen Medienrats, rief nach einer Rede, in der sie die derzeitigen öffentlichen Medien verteidigte: „Nieder mit dem Kommunismus!“

Als die Abgeordneten über die Politisierung der öffentlichen Medien durch die PiS diskutierten, reagierte Präsident Andrzej Duda. Im Portal X schrieb das Präsidialamt, dass „ohne das Recht der parlamentarischen Mehrheit infrage zu stellen, Änderungen an der Rechtsordnung vorzunehmen, betont werden sollte, dass ein politisches Ziel keine Entschuldigung für die Verletzung oder Umgehung verfassungsrechtlicher und gesetzlicher Vorschriften sein kann“. Dies ist ein Zitat aus Dudas Brief an Szymon Hołownia, den Präsidenten des Sejms.

Am Dienstagnachmittag meldete sich auch der Oberste Rechnungshof in den öffentlichen Medien zu Wort. Er teilte mit, dass er bei der Staatsanwaltschaft zwei Verdachtsanzeigen wegen strafbarer Handlungen im Zusammenhang mit der TVP eingereicht habe. Sie betreffen den Abschluss und die Abwicklung von Verträgen, bei denen es möglicherweise zu Machtmissbrauch und Pflichtverletzungen sowie zu Sachbeschädigungen großen Ausmaßes gekommen ist.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75398,30523972,sejmowa-debata-nad-mediami-publicznymi-jest-uchwala-rzadowej.html#S.MT-K.C-B.1-L.1.duzy>



www.mleczko.pl

ICH MUSS AUFLEGEN

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:
<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Duda schreibt über die Freiheit und die Verfassung. Es ist, als würde er sich selbst denunzieren



Quelle: wyborcza.pl

Von **Agnieszka Kublik**

Präsident Andrzej Duda schreibt Briefe. Am Dienstag waren es gleich zwei, alle an Szymon Hołownia, den Präsidenten des Sejms. Zur Verteidigung der öffentlichen Medien und zur Verteidigung des Nationalen Justizrats. Der Haken an der Sache ist, dass sowohl die Medien als auch der Nationale Justizrat von der PiS-Regierung benutzt wurden, um ihre Parteiinteressen zu verfolgen. Bisher hat sich Duda nicht darum gekümmert, zumindest nicht genug, um Briefe an die damalige Präsidentin des Sejms zu diesem Thema zu schicken.

Mich hat diese Epistel von Duda „verzaubert“. Ich las und las und glaubte, ich träume.

Erstens schreibt Duda, dass nach der Verfassung „der Präsident für die Einhaltung der Verfassung sorgt“. Bis jetzt war dies schwer zu erkennen. Es war nicht sichtbar, als er sich beispielsweise weigerte, den Amtseid von drei ordnungsgemäß gewählten Richtern des Verfassungsgerichts abzunehmen, oder als er die rechtmäßig verurteilten Mariusz Kaminski und Maciej Wąsik, Parteikumpel des Vorsitzenden der PiS, begnadigte.

Zweitens beruft sich Duda auf das Mediengesetz. Darin heißt es: „Der öffentlich-rechtliche Rundfunk erfüllt seinen öffentlichen Auftrag, indem er nach den im Gesetz festgelegten Grundsätzen der gesamten Gesellschaft und einzelnen Teilen von ihr vielfältige Programme und andere Dienste in den Bereichen Information, Journalismus, Kultur, Unterhaltung, Bildung und Sport anbietet, die sich durch Pluralismus, Unparteilichkeit, Ausgewogenheit und Unabhängigkeit sowie durch Innovation, hohe Qualität und Integrität

der Botschaft auszeichnen“. Für einen Mann, der ständig lernt (und er sagte selbst: „Ich lerne die ganze Zeit etwas. Ununterbrochen. Ich lerne in der Wohnung, ich lerne im Auto, wenn ich fahre, ich lerne im Flugzeug, wenn ich fliege. Ich lerne die ganze Zeit etwas. Wenn ich nicht lerne, was ich zu sagen habe, dann lerne ich, was ich eines Tages sagen will“) hat in den letzten acht Jahren die Voreingenommenheit, die Parteizugehörigkeit und die geringe Qualität von TVP kaum bemerkt. Er hat zum Beispiel nicht bemerkt, dass Olga Tokarczuk, unsere Nobelpreisträgerin, dort nicht auftreten durfte, stattdessen erschien Zenek, der Schlagerstar.

Drittens belehrt Duda Hołownia, dass „die Rolle der öffentlichen Medien in einem demokratischen Staat sehr wichtig ist, da sie Teil der Verwirklichung der Freiheit sind, seine Meinung zu äußern und Informationen zu erhalten und zu verbreiten“. Hat er nicht bemerkt, wie das Fernsehen TVP durch das Verstecken der PiS-Skandale die Verwirklichung dieser Freiheit eingeschränkt hat? Wie TVP durch die faktische Übertragung von PiS-Wahlkämpfen gegen den Grundsatz der Gleichheit bei Wahlen verstoßen hat?

Viertens schreibt Duda, dass „ein politisches Ziel keine Entschuldigung dafür sein kann, verfassungsmäßige und gesetzliche Vorschriften zu brechen oder zu umgehen“. War er nicht zum Beispiel derjenige, der den vom Sejm legal gewählten Richtern des Verfassungsgerichts den Amtseid nicht abnahm, um Jarosław Kaczyński zu gefallen, womit er das Verfassungsgericht für Jahre vergiftete? Oder den Nationalen Justizrat mit gegen die Verfassung gewählten Richtern?

Fünftens erinnert Duda daran, dass „die angekündigten Änderungen in Bezug auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk demokratische Standards respektieren und im Einklang mit den in der Verfassung festgelegten Regeln durchgeführt werden müssen“. Die PiS beendete 2015 die Amtszeit der damaligen Chefs von TVP und dem Polnischen Radio, damit Jarosław Kaczyński einen Ort hat, an dem er seine imaginäre Realität erschaffen kann, in der er der Retter der Nation ist.

Offensichtlich hat Duda Probleme mit der rationalen Bewertung von Fakten. In den Jahren 2015 bis 2018 unterschlug er selbst nicht nur einen, sondern alle Grundsätze, die er in seinem Brief an Hołownia so mühsam niedergeschrieben hatte. Es sieht so aus, als habe er sich selbst denunziert. Offenbar waren all die Jahre des Lernens doch umsonst.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75398,30525191,ja-chyba-snie-czyli-5-paradoksow-dudy.html#S.TD-K.C-B.1-L.1.duzy>

Der Präsident unterzeichnete das Gesetz über die In-vitro-Erstattung aus dem Staatshaushalt



Quelle: wyborcza.pl

In Übereinstimmung mit dem Gesetz muss der Staat jährlich mindestens 500 Millionen PLN für die Erstattung von Unfruchtbarkeitsbehandlungen durch IVF bereitstellen.

Das Bürgerprojekt „Ja zu in vitro“, mit dem die staatliche Finanzierung der IVF-Behandlung wiederhergestellt werden soll, war das erste, das von der neuen Parlamentsmehrheit nach den Wahlen in Angriff genommen wurde. Es wurde vom Sejm auf seiner Sitzung am 29. November und vom Senat letzte Woche angenommen.

Der Entwurf geht davon aus, dass der Staat jährlich nicht weniger als 500 Millionen PLN für die Erstattung von Unfruchtbarkeitsbehandlungen mit der In-vitro-Methode bereitstellen wird. Die Politiker der neuen Regierungskoalition möchten, dass das Programm ab dem 1. Juni 2024 in Kraft tritt. Der Gesetzentwurf enthält nicht die von der PiS vorgeschlagene Einschränkung, dass nur verheiratete Paare von der Finanzierung profitieren dürfen. Am Freitagabend wurde das Gesetz über die In-vitro-Erstattung aus dem Staatshaushalt von Präsident Andrzej Duda unterzeichnet.

„Bei der Unterzeichnung des Gesetzes vom 29. November 2023 zur Änderung des Gesetzes über die aus öffentlichen Mitteln finanzierten Gesundheitsdienste, das aus einer Bürgerinitiative hervorging, hat der Präsident die Tatsache berücksichtigt, dass die In-vitro-Methode nach Meinung eines Teils der Gesellschaft ethische Zweifel aufwirft“, heißt es auf der offiziellen Webseite von Präsident Duda.

Aus der Erklärung geht hervor, dass der Präsident beabsichtigt, einen eigenen Gesetzentwurf vorzulegen, der die öffentliche Finanzierung auch für andere Unfruchtbarkeitsbehandlungen sicherstellt. „In Anbetracht

der demografischen Herausforderungen und mit dem Ziel, Chancengleichheit für alle zu gewährleisten, die mit Unfruchtbarkeit zu kämpfen haben, einschließlich derjenigen, die andere Behandlungsmethoden in Anspruch nehmen möchten, kündigt der Präsident die Vorlage eines Gesetzentwurfs an, der deren öffentliche Finanzierung sicherstellt“, heißt es in der Erklärung. Für Anfang Januar nächsten Jahres ist eine Sitzung des präsidentialen Gesundheitsrates geplant, um die Ausarbeitung des Projekts zu erörtern.

Erzbischof Gądecki spricht sich gegen in vitro aus

Die polnische Kirche hat am Freitag an Präsident Duda appelliert, das Gesetz zur Finanzierung der In-vitro-Methode aus dem Staatshaushalt nicht zu unterzeichnen. Der Metropolit von Poznań, der Vorsitzende der polnischen Bischofskonferenz, Erzbischof Stanisław Gądecki, hat in dieser Angelegenheit einen Brief an den Präsidenten geschrieben.

“Ich bitte Sie, die Unterzeichnung des Gesetzes vom 29. November 2023 zur Änderung des Gesetzes über die aus öffentlichen Mitteln finanzierten Gesundheitsdienste zu verweigern und es zur erneuten Prüfung an den Sejm oder an das Verfassungsgericht zu verweisen“, schrieb Erzbischof Gądecki in seinem Brief. Der Vorsitzende der Polnischen Bischofskonferenz ist der Ansicht, dass die In-vitro-Methode „ein Experiment am Menschen ist, dessen eigentümliche Herstellung eine Form der Beherrschung menschlichen Lebens darstellt“.

Während der vorherigen Regierungen von Donald Tusk und der PO-PSL-Koalition finanzierte der Staat IVF. Zwischen 2013 und 2016 wurden mehr als 22.000 Kinder im Rahmen des Regierungsprojekts geboren.

Als die Partei „Recht und Gerechtigkeit“ an die Macht kam, wurde das Programm gestrichen. Sie entschied sich für die unwissenschaftliche Methode der so genannten Naprotechnologie, aber dieses Programm war ein Fehlschlag.

Damals nahmen die polnischen Kommunalbehörden diese Last auf sich. Programme wurden u. a. in Częstochowa, Łódź, Poznań, Gdańsk, Sosnowiec, Bydgoszcz, Wrocław und Warschau eingeführt. Allerdings werden nur 35% der Kosten von der lokalen Regierung finanziert.

Nach Schätzungen der Polnischen Gesellschaft für Reproduktionsmedizin und Embryologie gibt es in Polen etwa 1,5 Millionen Paare mit einem Unfruchtbarkeitsproblem, d. h. etwa 20% der Bevölkerung im fortpflanzungsfähigen Alter.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75398,30513088,prezydent-podpisal-ustawe-o-refundacji-in-vitro-z-budzetu.html#S.MT-K.C-B.1-L.1.duzy>

Wendet sich Polen von Deutschland ab? Ehemaliger Botschafter deutet auf „taktisches Manöver von Donald Tusk“ hin



Quelle: [onet.pl](https://www.onet.pl)

„Liberale Kräfte in Polen glauben, dass ihr Land unterschätzt wird, und wollen gemeinsam mit den baltischen und skandinavischen Ländern die Zentralität Westeuropas infrage stellen. Warschau will nicht allein zu Partnerschaft mit Deutschland verdammt sein“, schrieb **Janusz Reiter**, ehemaliger Botschafter in Deutschland und den USA, in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Von **Jacek Lepiarz**

- „Das Exposé von Donald Tusk lässt keinen Zweifel daran, dass er nicht beabsichtigt, dort anzufangen, wo er vor mehr als acht Jahren aufgehört hat, sondern es auf eine andere Art und Weise versuchen will“, erklärte Janusz Reiter
- Tusk will Polen in die Mitte bringen, erweckt aber den Eindruck, dass er dies etwas anders definieren will. Verbündete sieht er vor allem im Norden und Nordosten
- Reiter wies darauf hin, dass der Ministerpräsident in seinem Exposee Deutschland nicht ein einziges Mal erwähnt habe. Dem Autor zufolge will Tusk mit dem polnischen Germanozentrismus brechen. Das mag ein taktisches Manöver sein, aber Tusk geht es um etwas Grundsätzlicheres

„Nach acht Jahren der freiwilligen Selbstisolierung will Polen in die internationale Politik zurückkehren. Das Exposee des neu gewählten Ministerpräsidenten Donald Tusk lässt jedoch keinen Zweifel daran, dass er nicht dort anknüpfen will, wo er vor mehr als acht Jahren aufgehört hat, sondern die Dinge anders angehen will“, schrieb der ehemalige polnische Botschafter in Deutschland und den USA Janusz Reiter in der Samstagsausgabe der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ).

„Polen fühlt sich unterbewertet“, so der Autor, der darauf hinweist, dass die Unzufriedenheit der Polen mit der Position ihres Landes nichts Neues ist. Diese Gefühle wurden von der PiS entdeckt und ausgenutzt,

aber die gewählte Antwort der Partei war eine „chaotische Konfrontation“ mit dem Rest der Europäischen Union. „Polen wurde unfähig, irgendeine Art von Koalition zu bilden, was es nach 1989 schwächer als je zuvor machte.“, bewertete der ehemalige Diplomat kritisch.

Das liberale Polen will im Zentrum Europas stehen

Die liberalen Kräfte, die die Wahl gewonnen haben, stellen die Position Westeuropas als traditionelle Mitte des Kontinents infrage. Tusk wolle Polen in die Mitte holen, erwecke aber den Eindruck, dass er diese Mitte etwas anders definieren wolle, meint Reiter. Verbündete sieht er vor allem im Norden und Nordosten - neben Polen hat er die baltischen Staaten, Finnland, Schweden, Norwegen und Dänemark im Blick. Bei dieser Gelegenheit erinnerte Reiter daran, dass das Ziel von Tusks erstem Auslandsbesuch die estnische Hauptstadt Tallinn sein wird.

Reiter wies darauf hin, dass der Ministerpräsident in seinem Exposee Deutschland nicht ein einziges Mal erwähnt habe. Dem Autor zufolge will Tusk mit dem polnischen Germanozentrismus brechen, sowohl im positiven als auch im negativen Sinne des Wortes. Möglicherweise handelt es sich um ein taktisches Manöver, da der Ministerpräsident nicht in eine Schlacht mit der antideutschen Opposition geraten will.

Laut Reiter geht es Tusk jedoch um etwas Grundsätzlicheres. Der Premierminister weiß, dass Deutschland nicht umgangen werden kann. Er will aber so wenig wie möglich mit seinem westlichen Nachbarn „allein“ verhandeln. Er will den Dialog mit Berlin, aber in einem größeren Rahmen - im Weimarer Dreieck, im Rahmen der Ostseekooperation oder unter Beteiligung der USA.

Polen wenden sich von Deutschland ab

„Niemand will mehr zu alleiniger Partnerschaft mit Deutschland verurteilt werden.“, schreibt Reiter. Seiner Meinung nach hat Deutschland in den Augen der Polen viel von seinem Glanz verloren. Die Generation der Versöhnungspolitikern ist schwächer und desillusioniert geworden, während die Jugend zwar offen für neue Ideen ist, diese aber nicht unbedingt in Deutschland sucht.

Reiter wies darauf hin, dass der außenpolitische Teil des Exposees zwar ein klares Ziel enthalte, die Beschreibung des Weges dorthin aber vage sei. Lediglich die Sicherheitspartnerschaft mit Amerika sei verbindlich und eindeutig formuliert.

Der Wille, die eigene Rolle in Europa neu zu definieren, ist nicht nur in Polen erkennbar. Man kann mit der Unterstützung der baltischen Staaten rechnen. „In Amerika ist in diesem Jahr ein Buch erschienen, dessen Titel als Motto für eine neue polnische Politik und vielleicht auch für die Politik der gesamten Region dienen könnte – ‚Goodbye, Osteuropa‘“, schrieb Janusz Reiter abschließend.

Zsfg.: JP

<https://www.onet.pl/informacje/onetwiadomosci/warszawa-nie-chce-byc-skazana-na-niemcy-tusk-widzi-innych-sojusznikow/ly4gwp2,79cfc278>

PiS vereinigt sich mit Republikanern, Kaczyński kehrt zu der Idee des von Putin angeordneten Putsches zurück



Quelle: wyborcza.pl

Von **Agata Kondzińska**

Der Zusammenschluss ist Teil der Konsolidierung der rechten, patriotischen Kräfte, die sich dem Angriff auf die polnische Demokratie entgegenstellen müssen, sagte Jarosław Kaczyński über die Aufnahme der Republikanischen Partei in die PiS. Der politische Rat der PiS hat eine Reihe von Entschlüssen angenommen, um die ersten Entscheidungen der Regierung von Donald Tusk zu verurteilen.

Am Samstag fand in der Parteizentrale der PiS in Warschau ein politischer Rat statt. Bereits danach trat Jarosław Kaczyński wie üblich vor die Journalisten. Mit einer Erklärung, ohne die Möglichkeit, Fragen zu stellen. Begleitet wurde Kaczyński von dem nunmehr ehemaligen Vorsitzenden der Republikaner, dem PiS-Abgeordneten Adam Bielan. „Es war ein politischer Rat, der reich an Inhalten und Entschlüssen war. Die wichtigste ist diejenige, die es uns ermöglicht, uns zu vereinen“, er schaute dabei Bielan an.

Bielan: „Die Gerüchte über einen politischen Zusammenbruch der PiS sind stark übertrieben“.

Bielan lobte das Projekt der vereinigten Rechten, dessen Architekt Jarosław Kaczyński ist. Er sprach über das Kapital der Wahlen - die sieben Millionen Stimmen vom 15. Oktober. Er erinnerte daran, dass sich die Rechte vor Jahren nach Wahlniederlagen zerstritten und gespalten hat. „Wir wollen schlauer sein, wir integrieren uns“, sagte er. Er dankte den Republikanern, aber auch den PiS-Politikern für den „herzlichen

Empfang“. Und bei Jaroslaw Kaczyński „für das entgegengebrachte Vertrauen“. Er versicherte, dass Gerüchte über einen politischen Zusammenbruch der PiS stark übertrieben seien.

Kaczyński erklärte, dass „diese Vereinigung Teil der Konsolidierung der rechten, patriotischen Kräfte ist, die sich dem Angriff auf die polnische Demokratie entgegenstellen müssen, der im Gange ist“.

Der Anschlag sei die Ankündigung des Teams von Donald Tusk, die staatlichen Medien von Parteeinfluss zu befreien. Die PiS spricht davon, den Medienpluralismus zu bewahren. Die Abschaffung des Zentralen Antikorruptionsbüro [CBA] und des Instituts für Nationales Gedenken sei ebenfalls ein Anschlag. „Institutionen, die Einfluss auf die Kontrolle der Macht oder die Kontrolle des historischen Gedächtnisses haben“, argumentierte der Vorsitzende der PiS.

Kaczyński sieht auch „eine Reihe von Handlungen anderer Art, die zeigen, dass diese Mannschaft nicht die Absicht hat, sich an irgendwelche Regeln zu halten, die in einer Demokratie gelten“. „Zum Beispiel etwa die Entlassung des Botschafters bei der EU, aber auch in der Kanzlei des Ministerpräsidenten, wo 35 Direktoren entlassen wurden, und das geht bis hinunter zu Leuten in unteren Positionen“, zählte er auf. Er sah in der Regierung Tusk Beförderungen für Leute, die „die Verfassung nicht respektieren, keine Rücksicht auf die Religion nehmen und eine krankhafte Abneigung gegen den Katholizismus haben“.

Er bezog sich auf die Aussage des KO-Abgeordneten Michał Szczerba, dass Untersuchungsausschüsse ihre Arbeit erst aufnehmen sollten, wenn die staatlichen Medien von Parteeinfluss befreit sind. Dies, so Jarosław Kaczyński, sage voraus das Fehlen einer „objektiven Berichterstattung über die Beratungen dieser Kommissionen“ für viele Millionen Polen. Und diese Beratungen werden für die derzeitige Regierung peinlich sein. Denn die Maßnahmen der Regierung von Mateusz Morawiecki seien legal gewesen und standen sogar unter „verfassungsmäßigem Zwang, wie die rechtzeitige Durchführung der Präsidentschaftswahlen“.

Kaczyński über die „totale Unterordnung unseres Landes unter Brüssel, d. h. Berlin“

Die äußere Bedrohung ist zurückgekehrt, was sich in der Europäischen Union abspielt. „Dieser Plan zur Schaffung eines zentralisierten Staates, der im Falle Polens im Wesentlichen auf die totale Unterordnung unseres Landes unter Brüssel hinausläuft, aber dieses Brüssel heißt in diesem Fall auch Berlin. Was mit militärischen Mitteln nicht erreicht werden konnte, soll nun mit Verträgen erreicht werden“, so Kaczyński.

Er zählte die vom politischen Rat der PiS angenommenen Entschlüsse auf. Eine bedankt sich bei den Wählern für ihre Stimme für die PiS, aber auch bei denen, die am Wahlkampf beteiligt waren. Eine Weitere betrifft die Wahl des Generalsekretärs Piotr Milowański, eine weitere die Wahl des Schatzmeisters Henryk Kowalczyk. Er ist ehemaliger stellvertretender Ministerpräsident ohne Portefeuille und hat bereits in der Vergangenheit die Finanzen der Partei verwaltet. Die nächste Entschlüsselung ändert die Zusammensetzung des politischen Ausschusses, dem Adam Bielan angehört. Der Abgeordnete wird auch bald der vertrauenswürdigsten Gruppe der PiS, der so genannten PKP, dem Präsidium des politischen Komitees, angehören. Die PiS hat auch eine Resolution zum 42. Jahrestag des Kriegsrechts verfasst: „Das ist eine Bewertung dessen, was durch die Schuld Moskaus und der polnischen Kommunisten geschehen ist.“ Und eine weitere zur Verteidigung der Redefreiheit.

Kaczyński über „Lex Tusk“ und die Abschaffung des Smolensk-Unterausschusses

Nach Kaczyńskis Einschätzung beweisen diese Schritte, dass die neue Regierung viel zu verbergen hat. Denn, und hier verwies er auf den Teilbericht der Kommission, „was sie bereits untersucht haben, zeigt, dass es in dieser Hinsicht sehr schlecht war, es würde eine Untersuchungskommission erfordern, und vielleicht sogar noch mehr, weil es Aktionen gegen die NATO gab“. Kaczyński hofft, dass dies eines Tages sowohl politisch als auch juristisch wieder in Ordnung gebracht werden kann.

In dem PiS-Dokument über die Verletzung der religiösen Rechte in Polen heißt es, dass die Verfassung die Rechte aller Katholiken garantiert. Und die werden nun zerstört „im Namen linker Ideologien, im Namen von Bündnissen, dass alles für die Macht zerstört werden kann“.

Es gibt auch eine Entschließung zur Entscheidung des Verteidigungsministers Władysław Kosiniak-Kamysz, den Unterausschuss von Antoni Macierewicz, aufzulösen, der die Katastrophe von Smolensk untersuchte.

„Es ist bekannt, dass diese Kommission aufgelöst wurde. Sie bereits einen Bericht vorgelegt hat mit den Schlussfolgerungen, dass das Attentat zweifellos auf Initiative Putins organisiert wurde. Diese Auflösung ist etwas, das man als Geschenk an Putin betrachten könnte, ein sehr ernstes Geschenk. Das Attentat liegt nun fast 14 Jahre zurück, aber Putin ist immer noch da. Und Attentate auf Staatsoberhäupter, hier war es vor allem mein heiliger Bruder, das ist allerdings eine noch nie da gewesene Praxis. Auf jeden Fall sehr selten anzutreffen. Was andere Staatsoberhäupter betrifft, so wäre es für Putin etwas sehr, sehr Gefährliches, noch gefährlicher als der Krieg in der Ukraine, von der Weltöffentlichkeit und damit von den Politikern, die heute über das Schicksal der Welt entscheiden, anerkannt zu werden“, argumentierte er.

Kaczyński sagte auch, dass es eine Diskussion über die Gründe gab für das, was passiert ist. Dass die PiS, die „so viel für die Gesellschaft tut“, nicht genug Stimmen bekommen hat, um zu regieren. Das Ergebnis war auch schlechter – was die Zahl, der für die PiS abgegebenen Stimmen angeht – als bei früheren Wahlen. Aber diese Frage wird noch geklärt werden, denn es besteht Bedarf an Untersuchungen, an einem Verständnis der gesellschaftlichen Veränderungen, die in den letzten Jahren stattgefunden haben. Es gab auch eine Diskussion über die bevorstehenden Kommunal- und Europawahlen sowie über organisatorische Veränderungen in der Partei.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75398,30514721,pis-jednoczy-sie-z-republikanami-kaczynski-wraca-do-zamachu.html#S.TD-K.C-B.6-L.1.duzy>

Zu Kamiński und Wąsik kamen Recht und Gerechtigkeit



Quelle: wyborcza.pl

Von **Wojciech Czuchnowski**

Zum ersten Mal in der Geschichte Polens nach 1989 werden Politiker, die die höchsten Ämter im Staat bekleiden, für die Taten, die sie in ihren Positionen begangen haben, zur Rechenschaft gezogen.

Mariusz Kamiński und Maciej Wąsik, die am Mittwochmorgen mit einem rechtskräftigen Urteil zu zwei Jahren Haft verurteilt wurden, sind Politiker aus den höchsten Rängen der Macht. Sie leiteten nicht nur die Geheimdienste und das Innenministerium in der Regierung der PiS, sondern bekleideten auch führende Positionen in der Partei. Kamiński ist ihr stellvertretender Vorsitzender, Wąsik einer ihrer wichtigsten Aktivisten. Beide sind natürlich auch Abgeordnete.

Jahrelang waren Mariusz Kamiński und Maciej Wąsik ein Symbol für Straflosigkeit und Rechtsbruch. Heute tragen sie die Konsequenzen nicht nur für die Missbräuche, die sie während ihrer Zeit als Leiter der Zentralen Antikorruptionsbehörde begangen haben, sondern auch für die unverantwortliche Geste von Präsident Andrzej Duda. Es war der Präsident, der sie im Herbst 2015 begnadigt hat, ohne das endgültige Urteil abzuwarten. Duda überschritt seine Befugnisse, weil er seinen Parteikollegen die Übernahme von Ministerposten erleichtern wollte. Infolgedessen kehrten Kriminelle, die des Missbrauchs der Dienste beschuldigt wurden, zurück, um diese Dienste zu beaufsichtigen. Ein drastischeres Beispiel für Demoralisierung kann es kaum geben. Sie sollten wirklich so weit wie möglich von diesen Diensten ferngehalten werden.

Duda kann sein Amt lächerlich machen

Nachdem sich nun herausgestellt hat, dass der Präsident in diesem Stadium nicht berechtigt war, einen Gnadenakt zu vollziehen, hat sich das Gericht erneut mit dem Fall befasst. Mit dem schlechtesten Ergebnis für Kamiński und Wąsik. Es bleibt abzuwarten, ob Andrzej Duda sie erneut begnadigen wird. Wenn er dies tut, hat er sein Amt und die Institution der Begnadigung bereits völlig lächerlich gemacht. Unabhängig von der Entscheidung des Präsidenten werden sie ihre Parlamentssitze und die Möglichkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden, für fünf Jahre verlieren.

Für PiS, den Präsidenten und die beiden Politiker ist dies eine Katastrophe. Aber für den polnischen Staat ist es eine gute Nachricht. Am 20. Dezember 2023 hat die Straffreiheit von Politikern aufgehört, ein trauriger Grundsatz zu sein, der das öffentliche Leben in Polen zerstört.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75398,30526637,po-kaminskiego-i-wasika-przyszlo-prawo-i-sprawiedliwosc.html#S.MT-K.C-B.2-L.2.maly>



Quelle: radiopik.pl

„Während wir uns heute freuen, dass diese Lawine von Entscheidungen [in der EU] losgetreten wurde, dass es erste und große Gelder gibt, erinnern wir uns daran, dass Geld hier nicht das Wichtigste war. Es geht um die Rechtsstaatlichkeit, um Polens Platz in Europa, es geht um unsere gemeinsamen Werte.“

Donald Tusk

Quelle: <https://wyborcza.pl/7,75398,30511959,spisek-brukselskich-elit-czy-zasluga-morawieckiego-pis-nie.html#S.TD-K.C-B.1-L.1.duzy>

taz.de

In Polen wird aufgeräumt

<https://taz.de/Erste-Massnahmen-der-Tusk-Regierung/!5978005/>

spiegel.de

Polens Ex-Innenminister muss für zwei Jahre ins Gefängnis

<https://www.spiegel.de/ausland/polen-ex-innenminister-mariusz-kaminski-muss-fuer-zwei-jahre-ins-gefaengnis-a-48ab6d5b-425a-47fd-807a-57f972d1d4ce>

spiegel.de

Polens Parlament beschließt Neuausrichtung öffentlich-rechtlicher Medien

<https://www.spiegel.de/ausland/polens-parlament-beschliesst-neuausrichtung-oeffentlich-rechtlicher-medien-a-82561b0a-aa28-4d06-8f58-faac3a030b39>

rbb-online.de

Was sind die Reaktionen? Regierungswechsel in Polen

https://www.rbb-online.de/brandenburgaktuell/archiv/20231215_1930/polen.html

katholisch.de

Streit zwischen Kirche in Polen und neuer Regierung um In-Vitro-Gesetz

<https://www.katholisch.de/artikel/49595-streit-zwischen-kirche-in-polen-und-neuer-regierung-um-in-vitro-gesetz>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik